

Wer von der Bildungsschere spricht, darf vom Klassenkampf nicht schweigen!

Richard Vries, Teil 1, Infomail 1100, 22. April 2020

Corona und damit verbundene Pflichteinschränkungen auf das familiäre Wohnumfeld verdeutlichen für Eltern, Kinder und Tätige in Bildungseinrichtungen aktuell noch klarer als sonst Klassenfragen, insbesondere bezogen auf die jeweils eigens vorzufindenden Bildungsbedingungen. Als sei klassenübergreifende Gewalt gegenüber Frauen und Kindern nicht schon einschneidend genug, drängt sich darüber hinweg damit auch unbedingt der Aspekt der äußerst stark auf Familien einwirkenden sozioökonomischen Verhältnisse auf.

Die momentanen Bildungssituationen

In einem Brief an Kugelmann vom 3. März 1869 verweist Marx darauf, dass dem belgischen Mathematiker Quételet das Verdienst zukomme, nachzuweisen, „wie selbst die scheinbaren Zufälle des sozialen Lebens durch ihre periodische Rekurrenz (Wiederkehr) und ihre periodischen Durchschnittszahlen eine innere Notwendigkeit besitzen.“ (MEW 32, Marx an Ludwig Kugelmann, Berlin/Ost 1965, S. 596).

Wir wollen uns daher im folgenden Artikel zuerst einer Reihe dieser immer wiederkehrenden Phänomene und Erfahrungen mit dem Bildungssystem widmen. Daraus wiederum müssen eindeutige politische Schlussfolgerungen für konkrete Aktionen im Bildungssektor und, wie sich später noch zeigen wird, auch deutlich darüber hinaus gezogen werden. Einer unbestreitbar stetig weiter auseinanderklaffenden Bildungsschere, die schon bestehende Klassenunterschiede reproduziert und vertieft, gilt es, überall entschieden entgegenzutreten. Dies erfordert zunächst, ihre konkreten und akuten Bedingungen aufs Schärfste zu beleuchten.

Dafür werden wir unsere Betrachtungen beim derzeitigen Elternauftrag beginnen, um über die Folgen auf deren eigene Kinder, letztlich beim Personal der verschiedenen Bildungseinrichtungen anzugelangen.

Der besagte Auftrag für Eltern stellt sich im Zusammenhang mit deren zu diesem Zweck üblicherweise in Bildungs- und Erziehungsinstitutionen verorteten Nachkommen so dar, dass eine emphatische (mit Nachdruck agierende) und motivierende Bezugsperson gefordert ist, die wiederholend Ungewissheiten der Kinder durch Offenheit, geduldige Zeitnahme samt aktivem Zuhören erkennt, die gemeinsame Ängste und Sorgen mit der gesamten Familie teilt und bespricht. Strukturen und kreative Impulse müssen gegeben, Erfolge auszeichnend wahrgenommen werden. Auch gegenseitige Frei- und Rückzugsräume sind zu ermöglichen. Soweit nur ein Auszug aus dem Anforderungsprofil von „guten“ Eltern – gerade zu Zeiten von Corona und Schulschließungen.

Dafür muss aber überhaupt erst einmal der nötige Platz, womöglich ein eigener Garten oder Balkon, vorhanden sein, um in etwa erhöhter Gereiztheit entgegenwirken zu können. Nähe zuzulassen und anzubieten, ist und bleibt dabei ein menschliches Grundbedürfnis. Es handelt sich hier gewiss um eine sinnvolle Ausnahme vom gegenwärtig außerfamiliär nahegelegten „physical distancing“, wenn sich die Angehörigen eines Haushalts umeinander kümmern.

Genügend Zeit für Etwaiges ist allerdings durchaus knapp. Ohne entsprechende Ausbildung, allseitige Vorgaben oder Ausstattungen müssen Eltern, unter Umständen noch während ihrer

eigenen Arbeitszeit, Lerninhalte an die Kinder zuhause vermitteln. Eine benötigte Betreuung muss selbst organisiert oder, bei individueller Möglichkeit, auch erst mal beantragt werden. Die Care-Arbeit, welche heutzutage immer noch meist von Frauen ausgeführt wird, erhöht sich also fortan tiefer einschneidend in der Corona-Pflichteinschränkung auf das häusliche Umfeld.

Belastung schon vor Corona

Doch auch unabhängig von Corona und den gegebenen Umständen ist die Belastung schon mehr als hoch genug: Die Forsa-Studie „Eltern 2015“ stellt etwa dar, dass Mütter und Väter heutzutage extrem hohe Anforderungen an sich selbst in der Erziehung stellen. Fast zwei Drittel der 700 Befragten gehen von höheren Erwartungen in der heutigen Zeit aus. Unter „Eile, Hetze und Zeitdruck“ leiden ebenfalls knapp zwei Drittel (62 %).

Die Schuld liegt wie so oft in der Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Bücher über eine vermeintlich perfekte Erziehung gibt es sowohl im Internet als auch in den Buchläden zuhauf. Isabelle Haesler, die Sprecherin des Magazins, sagt hierzu: „Es gibt heute so viele Optionen und ein Übermaß an Informationen. Vielleicht ist bei den Eltern damit auch die Angst verbunden, eine falsche Entscheidung zu treffen - statt einfach wie früher auf das gesunde Bauchgefühl zu hören.“

Zudem kommt unter den Müttern und Vätern vermehrt Angst vor den großen Leistungsanforderungen der wettbewerbsorientierten, kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft auf, die indes durch die medial in den Vordergrund gebrachten schlechten Ergebnisse der Pisa-Studien, Entscheidungen über die bildungsbezogene Zukunft ihrer Kinder zusätzlich vergrößert werden. 36 % der Kinder bemerken wiederum die Ängste ihrer Eltern, „weil sie immer alles perfekt machen wollen“, und bekommen damit am eigenen Leibe vermittelt, wodurch sich kapitalistische Leistungsanforderungen auszeichnen.

Einen anderen Schulabschluss als das Abitur sehen viele Eltern für ihre Kinder aufgrund des in der Gesellschaft vorherrschenden Drucks nämlich nicht.

Die Sorge um das Kind, dessen möglichen sozialen Abstieg, die Mühle der Konkurrenz treiben viele Eltern psychisch geradezu zur Selbstidentifikation mit den Schulleistungen der Zöglinge. Unter solch psychisch belastenden Bedingungen wird schon im „Normalfall“ gelernt. Die Corona-Krise verschärft das natürlich. Trotzdem sollen nun vielerorts Abschlussprüfungen nach mehrwöchiger Pflichteinschränkung geschrieben werden. Die soziale, klassenspezifische Selektion, die das Bildungssystem ohnedies kennt, wird verstärkt. Die politisch Verantwortlichen agieren mit einer Mischung aus Rücksichtslosigkeit und bürgerlichem Klasseninstinkt.

Zugleich produziert das Schulsystem auf Seite der Erziehungsberechtigten selbst psychische Störungen. Eine ständig erwartete Eigenverantwortung treibt überlastete oder überforderte Eltern regelrecht zu Misserfolgen ihrer Kinder. Gravierende Auswirkungen auf die Psyche und Physis vieler Menschen eines der reichsten Länder dieses Globus sind schon abzusehen allgegenwärtig und werden sich absehbar verschärfen.

Ausschließlich eine wirkliche Kontrolle durch LehrerInnen, ErzieherInnen, BetreuerInnen, VertreterInnen der lohnabhängigen Eltern selbst sowie durch Kinder und Jugendliche würde hier wohl empfindlichen Verunsicherungen wirksamer entgegenkommen können. Bislang festgestellte Noten könnten demzufolge ohne größeren Aufwand für alle Beteiligten einfach so festgehalten werden. Währenddessen werden in Ländern wie Hessen etwa Abschlussprüfungen zum Abitur, trotz akuter Krisenbedingungen, nicht verschoben. Andere Bundesländer wiederum laufen hingegen durch eine weitere Verlegung der Termine und ohne entsprechende Gegenmaßnahmen gleichsam

Gefahr, die Bildungsschere ähnlich auf Abschlussnoten bezogen vergrößern zu lassen.

In all diesem Wahnsinn drückt sich freilich aus, worum es beim Unterricht an den Schulen im Kapitalismus eigentlich geht - um die Reproduktion und dementsprechende Ausbildung der verschiedenen Gesellschaftsklassen. Wie am Arbeitsmarkt oder als unabhängige UnternehmerInnen stehen sich die SchülerInnen - unabhängig von jeder Beteuerung von Zusammenhalt und Kooperation - als KonkurrentInnen gegenüber. Massenarbeitslosigkeit, drohender Ruin von KleinbürgerInnen, imminenter sozialer Abstieg verstärken dies. Da größere Unterstützung von staatlicher Seite jedoch ausbleibt, wird der Faktor Elternhaus noch wichtiger für die „Zukunftsaussichten“ in der Konkurrenz. Kein Wunder also, dass mit dem Druck auch die Angst bei Kindern und Jugendlichen zunimmt.

Angst

Bei einer Umfrage des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen gaben ihr zufolge etwa 60 % der Acht- bis Neunjährigen an, beim Fernsehen Angst zu bekommen. Die Hälfte aller Eltern kannte dabei nicht einmal die Kennzeichnung der freiwilligen Selbstkontrolle für Fernsehsendungen. „Gemeinsam gucken ist immer besser“, stellt die Leiterin der Umfrage, Dr. Maya Götz, klar. Wenn die Eltern allerdings keine Zeit dafür aufbringen können, entsteht hier eine neue Medienkultur der Ängste.

Digitale Medien können, an diesem Beispiel ersichtlich, bereits bestehende soziale Ungleichheiten in einem Zusammenspiel mit dem kapitalistischen System, auch abseits von Corona, vergrößern. Während Eltern, die nicht dem ständigen Drängen nach Sicherheit und Perfektion aufgrund ihrer Ängste verfallen sind, Zeit für eine gemeinsame Fernsehsendung aufwenden können, sieht das oft für ArbeiterInnenfamilien gänzlich anders aus, obwohl gerade hier die Familie als Sicherheitsfaktor die größte Rolle spielen müsste. Diese Erwachsenen und Kinder werden in der Folge regelrecht in die Hilfe gesellschaftlich auffangender Institutionen gedrängt.

Die größten Stressfaktoren für Eltern, die hierbei zu solcher Hilfsbedürftigkeit führen, sind nach deren eigenen Angaben und in gegebener Reihenfolge: 1. die Kinderbetreuung, 2. der Stress im (befristeten) Job sowie 3. die Belastung im Haushalt.

Wie dieser Umstand nun augenblicklich aussieht, sollte deutlich geworden sein. Wie groß dabei die zusätzliche Belastung für Mütter ausfällt, die zu drei Vierteln neben „allem anderen“ sogar noch zusätzlich selbst lohnabhängig beschäftigt sind, umso mehr. Volle Aufmerksamkeit und Leistungsbereitschaft werden fortwährend abgefordert, andauernder Druck und alltägliche Ansprüche entsprechend intensiv empfunden. Mehr Raum für PartnerInnen, Kinder und sich selbst könnte da Abhilfe schaffen. Zweiundsiebzig Prozent der Eltern sehen das ähnlich. Diese berechtigten Wünsche lassen sich jedoch, auch aufgrund von unvermeidlichen, geschlechtsübergreifend steigenden Berufstätigkeiten, nur schwer verwirklichen.

All das färbt wiederum auch auf die psychische Gesundheit der Kinder ab. Jedes vierte weist in Schulen psychische Besonderheiten auf. Genauso, wie jede/r vierte SchülerIn von sozioökonomischer Ausgrenzung gefährdet ist.

Noch nie gab es, aufgrund einer so kontinuierlich an eigener Sicherheit und Geld orientierten Gesellschaft, so viele Fälle von Depressionen wie heute. Darauf wird mit Therapien jeglicher Art geantwortet. Die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg und einer möglichen Austauschbarkeit im kapitalistischen Wettbewerb soll im Nachhinein „behandelt“ werden, als ob die Zwangsgesetze der Konkurrenz ein therapeutisches Problem darstellen würden. Zwangsläufig trifft das schon die Kleinsten.

Eigenes Versagen?

Die Auswirkungen auf Kinder zeichnen sich indes dadurch aus, dass erlebtes Versagen, ganz wie bei den Großen, durch die neoliberale Formel der Eigenverantwortlichkeit auf sich selbst übertragen wird. Entmutigungen und Leistungsschwächen folgen. Der entfremdete Charakter der Bildung im Kapitalismus manifestiert sich als Sinnkrise: „Wofür lernen wir hier eigentlich überhaupt?“

Dabei entscheidet gegenwärtig und damit noch mehr als sonst in großem Maße der jeweilige eigene Haushalt darüber, ob ein/e SchülerIn etwas rasch lernt oder zehnmals üben muss. Die Spanne reicht von Vernachlässigung bis hin zu erdrückendem Zwang. Alles vereint sich im Druck, nicht enttäuscht zu dürfen, in der Angst vor schlechten Noten, vor Ablehnung und Bestrafung. SchülerInnen der mittleren und unteren Schichten sollen sich nicht von den oberen abhängen lassen. Was mit einer Unausgeglichenheit beginnt, kann dadurch schnell zu einer dauerhaften psychischen Belastung werden, gerade wenn sich im Umfeld der jeweiligen Familie zeigt, dass andere schlecht über die eigenen Erziehungsmethoden denken könnten.

Dabei besteht die gesellschaftliche Selektion im bürgerlichen Bildungssystem in Wirklichkeit unabhängig vom/von der einzelnen SchülerIn. Doch das individuelle Erziehungsprinzip, die Vorstellung, dass alle gleiche Chancen hätten, lässt die klassenspezifischen oder auch die rassistischen Selektionsmechanismen des Bildungssystems selbst in den Hintergrund treten. Kinder aus der ArbeiterInnenklasse oder aus MigrantInnenfamilien erscheinen vor dem Hintergrund eines Bildungssystems, das auf die Bildungsideale des KleinbürgerInnentums und der Mittelschichten ausgerichtet ist, notwendigerweise als „bildungsfern“, als minder „begabt“. Doch selbst wenn sie es, wie etliche MigrantInnen und ArbeiterInnenkinder, doch schaffen oder wie viele Mädchen und junge Frauen an Schulen und Unis besser als ihre Jungen und Männer abschneiden, so ändert das nur wenig an der Benachteiligung im späteren Berufsleben.

Im bürgerlichen Bildungssystem insgesamt setzt sich trotz aller individuellen Anstrengung der Benachteiligten der klassenspezifische Charakter durch. Es erscheint aber so, als wäre der „schlechtere“ Abschluss von ArbeiterInnenkindern auf ihr und ihrer Eltern individuelles Versagen zurückzuführen, als würden sie sich im Gegensatz zu KleinbürgerInnentum und Mittelschichten um ihre Kinder nicht wirklich kümmern. Ganz nebenbei wird so auch gleich eine „Lehre“ für das spätere Berufsleben vermittelt – wer es nicht schafft, wer fliegt, wer also in der Konkurrenz unterliegt, hat die Schuld vor allem bei sich selbst zu suchen.

Reparaturbetrieb im Notstand und die Lage der Lehrenden

Um den größten Missständen vorzubeugen, vernetzt sich das Personal an den Schulen zur Zeit zusätzlich zu angebotenen Notbetreuungen noch intensiver, um speziell bei dem „kleinen Kreis der Gefährdeten“ kontinuierlich Kontakte zu den Eltern, Kindern und anderen Professionen herzustellen und aufrechtzuerhalten. Vorbereitungszeit für Lehrkräfte und Eltern auf diese Corona-Situation gab es hingegen keine. Gegenwärtige Kenntnissnahmen von Missverständnissen und Komplikationen bei SchülerInnen gestalten sich als kreatives Neuland. Das freut sicherlich anhand gelegentlichen Gelingens, belastet aber auch und kann ohne Zweifel sehr frustrieren. Es verfestigt das Gefühl tief empfundener Machtlosigkeit gegenüber dem System.

Attraktiver wird der Job dadurch bestimmt nicht, obwohl genau das, verbunden mit steigenden Einstellungszahlen, dringend vonnöten wäre. 59 % der Schulleitungen gaben 2020 an, dass an ihren Schulen LehrerInnenmangel herrsche. 2018 waren das noch 36 %. 56 % von ihnen haben außerdem schon finanzielle Unterstützung durch den Digitalpakt angefragt – sogar schon vor Corona.

Tatsächlich zur Verfügung gestellt wurden laut GEW von den vom Bund geplanten 5 Milliarden Euro

bisher aber nur 96 Millionen Euro. Die digitale Ausstattung an den Schulen bleibt entsprechend unverändert bei einem Drittel des tatsächlichen Bedarfs. Nun aber bestünden gerade durch die Corona-Krise die Möglichkeit und die Verpflichtung, den Weg zur Digitalisierung weiter einzuschlagen.

Lehrkräfte nehmen dafür schon seit geraumer Zeit, allgemeine Fortbildungen zu digitalen Themen in Anspruch – natürlich zusätzlich zum belastenden Schulalltag. Über zu hohe Arbeitsbelastung und zu viel Zeitmangel beklagen sich auch deswegen im Jahr 2020 36 % der LehrerInnen. 2019 waren das noch 18 %.

Die im März und April überwiegend „digital-praktische“ Unterrichtsgestaltung warf für vergleichsweise unvorbereitete Lehrkräfte noch die Frage auf, zwischen einer digitalen Vielfalt und einer überschaubareren Niedrigschwelligkeit des Angebots zu „wählen“: Lassen Haushaltsgröße, genügend individuelle Arbeitsplätze, ausreichende Ausstattung, regelmäßige Erreichbarkeit und das nötige Verständnis überhaupt den angedachten Anspruch bei den vielen verschiedenen Familien meiner SchülerInnen zu? Und zwar unter Umständen auch die Gegebenheiten meines eigenen LehrerInnen-Haushalts? Reicht es gegebenenfalls aus, vorwiegend Mails mit PDF-Anhängen zu verwenden oder müssen Materialien gebündelt und in überschaubarem Ausmaß per Post versandt werden?

Anerkennung verdienen viele Lehrkräfte in diesen Zeiten zweifellos, wie überhaupt Anerkennung das passende Stichwort für die vielen nicht-lehramtsqualifizierten Lehrkräfte an den verschiedenen Bildungseinrichtungen ist. So sind 53 % der Schulen mit solchem Lehrpersonal ausgestattet. Im Jahr 2018 waren das zum Vergleich noch 37 %. Diese Zahlen müssen unbedingt als strukturelle Notmaßnahme, als Resultat eines übergreifenden LehrerInnenmangels betrachtet werden.

Und dieser Notstand wird größer. Der Anteil von QuereinsteigerInnen bei Neueinstellungen betrug 2018 13 %, während er vor 10 Jahren, also im Jahr 2008, noch 3 % ausmachte. Auch die versprochene Professionalisierung und Weiterbildung dieser KollegInnen fand kaum statt. Die dafür nötige Zeit soll schließlich nicht vom Unterricht abgehen. Schließlich fallen hierzulande mehr als 100.000 Unterrichtsstunden pro Jahr aus. Da sind zeitaufwendige Fortbildungen nicht drin.

Damit der Ruf der jeweiligen Schule im gegenseitigen Konkurrenzkampf um die Gunst der Elternschaft jedoch erhalten bleiben kann, wird dieser Umstand weitestgehend der Wahrnehmung entzogen. Ein prognostizierter LehrerInnenmangel von 26.300 Kräften im Jahre 2025 verweist jedoch auf eine Fortsetzung und Vertiefung jener allgemeinen Mehrbelastung. Dabei würde gerade der Ausbau dringend geforderter Ganztagschulen noch mehr Personal, Arbeitszeit und Finanzierungen erfordern, um der Bildungsschere etwas entgegensetzen zu können.

Wie kam es dazu?

Schon seit den die sozialen Staatsausgaben schmälern, internationalen Neoliberalisierungsprozessen der 1980er Jahre befindet sich die Beteiligung sozioökonomisch benachteiligter Familien an „gehobener“ Bildung im Rückgang. Der Erziehungsstil hat sich damit zu einem außerordentlich prägnanten Merkmal der Klassenzugehörigkeit innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft verfestigt.

Dass die Geburtenraten seit 2012 „unerwartet“ emporgestiegen sind, ist ein weiterer tragender Faktor für den akut vorzufindenden Mangel an Lehrkräften. Viel zu sparsame Berechnungen sowie Pläne und nicht etwa „Flüchtlingswellen“, denen demagogisch die Schuld zugewiesen wird, treffen somit viel unmissverständlicher den wahren Kern der Ursache.

Der neoliberale Staat wartet wie so oft, bis es zur schreienden Hilfsbedürftigkeit kommt, anstatt auf andere Weise vorzusorgen. Die eigentlich elementare Primarbildung etwa wurde und wird in Deutschland im OECD-Vergleich seit jeher am geringsten mitfinanziert. Der Anteil der Ausgaben der Bundesregierung für Grundschulen finden sich mit 0,6 % des BIP an letzter Stelle der OECD-Länderrangliste wider. Zum Vergleich: Der OECD-Schnitt liegt bei 1,5 % des BIP und Länder wie Mexiko, Griechenland oder Ungarn liegen hier vor der BRD. Diese finanziell völlig unterrepräsentativen Operationen töten zwar nicht direkt, Forderungen nach weniger Vernachlässigung dieses Sektors aber scheinen trotz unübersehbarer Auswirkungen einfach zu verblassen. Das wiederum lässt Lehrkräfte, Eltern und Kinder umfassend verzweifeln, frustrieren und führt auch zu tiefergreifenden Krankheitsverläufen – ganz wie das Virus.

Trotzdem wird unter anderem bei der Lehrkräfteverteilung zwischen Brennpunktschulen und Villenvierteln standhaft auf das aus der sogenannten „freien“ Wirtschaft bekannte „sich selbst regelnde“ Spiel der Kräfte hingewiesen. Der Lehrkräftemangel tut sein Übriges dazu. QuereinsteigerInnen kommen dementsprechend „freiwillig“ an Brennpunktschulen, während sich ausgebildete, länger qualifizierte Lehrkräfte, völlig konträr zum eigentlichen Sinn für die wirklich betroffenen Kinder, besonders in die „erhabeneren“ Regionen „flüchten“.

Bildungserfolge werden somit zusätzlich auf das gesellschaftlich privilegierte Elternhaus verschoben. Die Vorbildung der Elternschaft, speziell der Mutter, ist wesentlich bedeutender als beispielsweise ein in den (sozialen) Medien so oft mit Bildungsschwächen in Verbindung gebrachter Migrationshintergrund.

Doch rassistische und sonstige Stereotypen führen schnell zu Verallgemeinerungen, die letztlich in systematische Diskriminierung übergehen. Schuldige für schlechte Zeiten sind plötzlich gefunden, während das Selbst damit aufgewertet werden kann. Der Druck auf die isolierten Einzelnen wird durch die Identifikation mit der medial vermittelten vorherrschenden Meinung, tradierten Vorurteilen und reaktionären Ideologien scheinbar bewältigt. Das unsichere, in der Schule vom Konkurrenzdruck bedrängte Selbst wähnt sich wenigstens in der Anpassung an die vorherrschende Meinung „sicher“.

Völlig fernab von jeglicher Rationalität spielt sich gleichermaßen auch die zunehmende Trennung der übrigen Gesellschaftsklassen von der bürgerlichen Oberschicht ab. Diese hat sich in den letzten Jahren massiv verschärft – ganz so wie die Ungleichheit in der Gesellschaft selbst. Bürgerliche Schulkinder besuchen 6 Mal häufiger Gymnasien als ArbeiterInnenkinder. In Städten mit über 300.000 Menschen sogar 14 x häufiger.

Hinzukommend sind deutsche Privatschulen durchweg besser ausgestattet als ihre öffentlichen Pendanten. In Hessen, wo an Privatschulen im Schnitt 300 Euro (!!!) Schulgeld pro Monat aufgebracht werden müssen, handelt es sich dort um eine etwa 10 % höhere Kostenabdeckung. Die Dunkelziffer sollte allerdings noch deutlich ausgeprägter sein. Für 9 % aller SchülerInnen in der BRD, die besuchen diese Privatschulen nämlich, heißt es demnach wohl: bessere Zukunftsaussichten. Seit 1990 hat sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen an diesen Schulen übrigens verdoppelt.

Vor diesem Hintergrund müssen auch die konkreten, kurz-, mittel- und langfristigen politischen Forderungen für den Bildungsbereich angesichts der Pandemie und einer völlig überhasteten, abenteuerlichen „Schulöffnung“ betrachtet werden. Darauf werden wir auch im 2. Teil des Artikels eingehen.